Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 141. | Dresden, Dienstag den 23. Juni 1914. | 25. Jahrg.

Der Zentrumsabgeordnete **Trimborn** befürwortet den gemeinsamen Kampf aller Parteien gegen die Sozialdemokratie.

Der General v. **Deimling** erließ eine Verfügung zur Einschränkung des Alkohols.

In Berlin sind 20 Personen an Fleischvergiftung erkrankt.

Der russische Reichsrat hat den Gesetzentwurf über die finnischen Getreidezölle angenommen.

Die albanischen Regierungstruppen erlitten eine schwere Niederlage.

Vom Gewerkschaftskongreß.

s. **München**, 22. Juni.

Das Parlament der deutschen Gewerkschaften trat heute in München zusammen. Genosse Legien eröffnete den Kongreß mit der Begrüßung der erschienenen 450 Delegierten und der diesmal ganz besonders zahlreich herbeigeeilten Gäste ausländischer Gewerkschaftsorganisationen. Besonders würdigte er die Anwesenheit eines Vertreters des Parlamentarischen Komitees der englischen Gewerkschaften, des Genossen Davis. Nicht aus Höflichkeit sei diese Delegation erfolgt, sondern aus der Notwendigkeit der gemeinsamen Interessenvertretung. Legien wünschte, daß die auch so bezeugte Einigkeit der organisierten Arbeiter diesseits und jenseits des Kanals die Hoffnungen der Kriegsspekulanten zerstören werde. Legien besprach weiter die wirtschaftliche Krise der letzten Jahre: 1911 wurden 7 368 000 M. für Arbeitslose von den Gewerkschaften ausgegeben, 1913 dagegen 13 039 000 M. Hereingebrochen sei auch eine beispiellose Hetze gegen unsere Organisationen. Gleichwohl erlebten die Gewerkschaften seit dem Kongreß in Dresden vor drei Jahren einen Aufschwung um 280 000 Mitglieder. Allerdings brachte das 4. Quartal 1913 einen Verlust von 60 000, demgegenüber aber das 1. Quartal 1914 gegen das Vorjahr bereits wieder eine Zunahme von 30 000 Mitglieder. Weiter führte Legien aus: Unsere Tagesordnung hätte vielleicht in Rücksicht auf gewisse Polizeipräsidenten mit größerer Vorsicht zusammengestellt werden können. Es sei aber das gute Recht der Gewerkschaften, die vorgesehenen Fragen hier zu behandeln. Wohl könnte man bei der Form der Behandlung bestimmter Fragen Rücksichten nehmen, die Fragen selbst aber müssen wir behandeln. Hat man es nötig, die „Arbeitswilligen" zu schützen? — so rief Legien unter allgemeiner Zustimmung aus —; umgekehrt ist ein Schutz der organisierten Arbeiter gegen jene Leute nötig. Die geplanten Maßnahmen des Unternehmertums werden eine große Erbitterung in unser soziales Wirken tragen. Dies muß nicht sein, aber wir fürchten die Reaktion nicht. Schließlich besprach Legien die jetzt bestehende Spannung zwischen einzelnen Verbänden, die beseitigt werden müsse.

Nach einer warmempfundenen Begrüßung des Kongresses durch Genossen Timm, der gleichzeitig die machtvolle Entwicklung der Münchner Arbeiterbewegung skizzierte, wurden Legien, Schlicke und Leipart zu Vorsitzenden gewählt und die vorliegende Tagesordnung unverändert angenommen.

Die Begrüßung durch die ausländischen Delegierten — für England sprach Appleton, für Skandinavien Ole Lian-Christiania, für Oesterreich, Ungarn und die Schweiz Grünwald-Wien — waren getragen von dem aufrichtigen Wunsche, daß die stetige und erfolgreiche Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften auch in den übrigen Ländern reiche Früchte trage.

Nach einer Ansprache Dr. Müllers als Vertreter der Konsumgenossenschaften, erstattete Legien den Bericht der Generalkommission. In den Vordergrund stellte er die Machenschaften zum Zwecke der Politisch-erklärung der Gewerkschaften und faßte seine eingehenden Darlegungen dahin zusammen, daß die freien Gewerkschaften nur darum politisch sein sollen, weil sie sich bei Vertretung der Arbeiterinteressen an die sozialdemokratische und nicht an eine bürgerliche Partei wenden. Die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften würden nicht für politisch erklärt, trotzdem sie mit dem Zentrum bezw. der Freisinnigen Volkspartei in engster Verbindung stehen. Weiterhin rechtfertigte Legien die Stellung der Generalkommission zur Frage der Grenzstreitigkeiten und sagte denen, die an manchen Differenzen Schuld tragen, das Nötige, verkannte allerdings auch hier nicht die Wirkungen unerbittlicher und in der Entwicklung der Industrie begründeter Faktoren. Die Generalkommission stehe nach wie vor auf dem Standpunkte der Berufsorganisationen. Der Redner besprach ferner die Errichtung von Bezirkssekretariaten, die Unterrichtskurse und die Statistik.

In der Diskussion spielte neben den vielfachen Wünschen, für die Organisierung der fremdsprachigen Arbeiter in Deutschland und für die Organisierung der Arbeiterinnen mehr zu tun, die Frage eine große Rolle, ob die Mitgliedschaft bei den sozial-reformatorischen bürgerlichen Vereinen von Nutzen sein könnte. Von einigen Rednern wurde der Beschluß einer Vorständekonferenz, wonach es den Gewerkschaften freigestellt wird, die Mitgliedschaft in der Gesellschaft für soziale Reform zu erwerben, kritisiert. Die Mehrheit der Redner sprach unter allgemeiner Zustimmung des Kongresses sich dafür aus, daß die Gewerkschaften sich bei diesen sozial-reformatorischen Veranstaltungen zu wenig beteiligen. Den Gewerkschaften könnten diese Stützpunkte in ihrem Kampfe gegen die reaktionäre Gesetzgebung nicht unlieb sein. Mehr als zuvor sollten die Gewerkschaften dahin wirken, ihren Standpunkt zu den sozialpolitischen Fragen in jenen Geltung zu verschaffen. Legien erklärte übrigens im Schlußwort, daß die Generalkommission nicht Mitglied der Gesellschaft für soziale Reform sei.

Titelschacher in Bayern.

Der Vorwärts teilt allerlei Erbauliches aus dem Briefwechsel zweier Titelschacherer mit, eines Ingenieurs Helldorfer in München und eines Herrn Erwin Wolf, Inhabers eines Immobilienvermittelungsgeschäftes in Nürnberg. U. a. wird folgende Titelschachergeschichte erzählt.

Es gibt Titelkandidaten, die wählerisch sind. Hierzu zählt der Inhaber einer großen Drogerie in Nürnberg Dr. Soldan. Dieser Herr wollte nicht Kommerzienrat, sondern Hofrat werden. Die Herren Wolf und Helldorfer hatten das Geschäft zu erledigen. In dieser Sache schrieb einmal Herr W. an Herrn H. in München:

„Er (Dr. Soldan) betonte ausdrücklich, daß für ihn der Titel eines Kommerzienrats hinfällig sei, und müsse er auf diesen Titel Verzicht leisten, da er sich mit seiner Doktorwürde nicht vereinbare; er könne nicht Dr. Kommerzienrat heißen. Auch will er die Angelegenheit baldmöglichst erledigt wissen. Es liegt nun in Ihrer Hand und in der Hand Ihrer hohen Gewährsmänner, die Angelegenheit schnell zum Abschluß zu bringen. Nebenliches, wie es voriges Jahr gegangen ist, ist Herr Dr. Soldan nicht bereit einzugehen, er will endgültig die Sache erledigt wissen, im anderen Falle er auf alles Verzicht leistet. Wenn Sie in der Lage sind, diese Sache nunmehr nach diesen prägis vorgetragenen Wünschen des Herrn Dr. S. zu erledigen, bitte ich Sie um baldgefälligen Bescheid. 50000 Mark sofort, 20000 Mark in 1½ bis 2 Jahren. Die 50 000 Mark stellt Herr Dr. S. sofort zur Verfügung, wenn ihm der sichere Nachweis der Verleihung eines Hofratstitels zugeleitet ist. Inzwischen empfehle ich mich usw."

Dr. Soldan ist später offenbar bescheidener geworden, denn am 3. April 1914 verkündete die bürgerliche Presse Nürnbergs und die Bayerische Staatszeitung, daß Herrn Dr. Soldan-Nürnberg durch die Huld der „Krone" der Kommerzienratstitel verliehen wurde. Was dafür bezahlt wurde, stand nicht dabei. Herr Dr. Soldan nennt sich jetzt trotzalledem Dr. Kommerzienrat.

In einem anderen Briefe spottet Helldorfer-München selbst recht ergötzlich über seine titellustigen Klienten:

„Ehe ich nun über meine Unterredung mit Herrn Professor v. Seitz des näheren berichte, kann ich es nicht unterlassen, Ihnen meine lebhafteste Verwunderung zum Ausdruck zu bringen, daß die Herren W. und Dr. S., wie Sie schreiben, es gar nicht abwarten zu können scheinen, bis ihnen die erstrebte Auszeichnung zuteil wird. Wenn mein kleiner dreieinhalbjähriger Bub sich vor Sehnsucht verzehrt, bis die versprochene Trommel oder Trompete in seinen Besitz gelangt, so ist dies begreiflich, weil er eben ein Kind ist und seine Sehnsucht und Ungeduld in dem Begriff „kindisch" allgemeines Verständnis findet; wenn aber Männer wie Wenglein und Dr. Soldan, bei denen doch anzunehmen ist, daß sie als Begründer und Leiter größerer renommierter Etablissements sowie als bahnbrechende Autoren in ihrem Fache durch alle Unbilden des Lebens im schwierigen Kampf ums Dasein, im ständigen Verkehr mit renitentesten Elementen (unzufriedene Arbeiter!) meisterhaft und siegreich sich durchzuringen verstanden, auf einmal konform launischen, ungezogenen Frauenseelen wegen verschleppter Erfüllung ihres Wunsches vor Mißmut zerfließen oder sich à la Wenglein der Ruhe so intensiv beraubt fühlen, daß ihnen selbst die Erholungsreise förmlich zur Galle wird, so wissen ich und mit mir sicherlich 99 Prozent aller vernünftig Urteilenden faktisch nicht, was sie zu solch einem Gebaren sagen sollen."

Wie viele mögen es sein, die in kindischer Eitelkeit und läppischem Hochmut, mit Titeln und Orden geschmückt, einherstolzieren, von Kindern und blödem Spießervolk bestaunt, und die ihre Orden und Würden durch solche Methoden erkauften, wie sie der Nürnberger und der Münchner Titelschacherer in ihren, hier nur im Auszug gebrachten Briefen, so drastisch illustrierten.

Eine Niederlage der albanischen Regierungstruppen.

Die Lage des Fürsten von Albanien ist, trotzdem augenblicklich die Waffen vor Durazzo ruhen, durchaus nicht günstiger geworden. Im Süden haben bei den Orten Karabuna und Lischina die Regierungstruppen, die sich unter der Führung des holländischen Offiziers de Jongh und einiger einheimischer Offiziere befanden, durch die Aufständischen eine gehörige Niederlage erlitten, so daß sie sich zurückziehen mußten, ein Rückzug, der zum Teil zu einer Flucht ausartete. Zwei Geschütze, die vorher allerdings unbrauchbar gemacht werden konnten, fielen den Aufständischen in die Hände. Die Regierungstruppen ließen 84 Tote und 120 Verwundete verloren haben, trotzdem sie in der Uebermacht waren! — Prenk Bibdoda soll sich nun endlich entschlossen haben, gegen die Aufständischen vorzurücken, nachdem ihm auf seinen Wunsch eine Kanone und der Ingenieur Häsler geschickt worden sind.

Vor Durazzo nehmen inzwischen die Verhandlungen ihren Fortgang. Der Waffenstillstand läuft Mittwoch früh ab, und die Aufständischen sollen jetzt bereit sein, sich bedingungslos zu unterwerfen und den Fürsten anzuerkennen. Der Fürst verlangt aber, daß die Rebellen ihre Waffen und ihre Führer ausliefern, wozu die Aufständischen begreiflicherweise keine Lust haben. Die Neigung der Rebellen, sich dem Fürsten zu ergeben, dürfte noch geringer werden, sobald ihnen die Nachricht von der Niederlage der Regierungstruppen bei Luschina bekannt wird. Man wird also damit rechnen müssen, daß am Mittwoch nach Ablauf des Waffenstillstandes auch vor Durazzo der Kampf wieder losgeht. Wenn die Aufständischen darauf verzichten, in Durazzo einzudringen, so doch nur deshalb, weil sie ein Eingreifen der Kriegsschiffe der Großmächte fürchten. Sollte es aber doch zu einer Unterwerfung kommen, so wird die Macht des Fürsten in absehbarer Zeit doch nur so weit gehen, wie die Kanonen der Kriegsschiffe reichen.

Die österreichische Regierung läßt übrigens durch die Wiener Allgemeine Zeitung erklären, daß die in einem Teil der Presse verbreiteten Meldungen, sie beabsichtige, Truppen nach Albanien zu senden, den Tatsachen nicht entsprechen.

•

Der neue Minister des Aeußern.

Durazzo, 22. Juni. Der Fürst hat Mechmed Bei Konitza zum Minister des Aeußern ernannt.

•

Grenzmaßregeln gegen Montenegro.

Wien, 22. Juni. Aus Skutari wird gemeldet: Da in der letzten Zeit festgestellt worden ist, daß aus Montenegro umfangreicher Waffenschmuggel nach Albanien zugunsten der Aufständischen betrieben wurde, sind strenge Grenzmaßregeln gegen Montenegro verfügt worden.

•

Ein teurer Verwandter.

Wie wir erfahren, befindet sich der Fürst von Albanien in schweren finanziellen Bedrängnissen. Seine Verwandten haben bedeutende Summen herausgegeben, um es ihm zu ermöglichen, sich in Durazzo zu erhalten. An diesen Opfern ist nicht nur die Familie Wied, sondern auch die Familie der Fürstin, die eine geborene Schönburg-Waldenburg ist und aus Sachsen stammt, stark beteiligt.

Zentrum und Sozialdemokratie.

Aus dem Zentrumsgebiet wird uns geschrieben:

Das Zentrum entstand in Preußen wie im Reiche als Oppositionspartei. In erster Linie war es der Kulturkampf, der die Katholiken unter die Fahne des Zentrums trieb. Dazu kam die Abneigung der katholischen Volksmassen gegen das protestantische, militärische und bureaukratische Preußen, das Mißtrauen der bäuerlichen und kleinbürgerlichen Bevölkerung im katholischen Westen und Süden gegen das neue Reichsgebilde, das ihnen als eine Vereinigung von Preußentum, Kapitalismus und Liberalismus erschien. Abgesehen von den Paritätsschmerzen und Konfessionsbeschwerden hatten Zentrum und Sozialdemokratie vielfach dieselben Gegner, und das führte sie im neuen Deutschen Reich häufig zusammen. Dem Kapitalismus und seinen liberalen Schildknappen rückte ein Ketteler nicht minder herzhaft zu Leibe wie ein Lassalle, und gegen den Militarismus hielten in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren die ultramontanen Führer Reden von einer Schärfe, die auch von sozialdemokratischer Seite nicht überboten werden konnte. In den neunziger Jahren bediente sich das Zentrum der immer mehr erstarkenden Sozialdemokratie, um mit ihrer und der Hilfe einiger ihm verwandter oppositioneller Gruppen eine Mehrheit gegen die Regierung zu bilden, und da es zugleich mit der Rechten eine solche für die Regierung herstellen konnte, begann nunmehr das für die Ultramontanen so einträgliche Spiel mit der abwechselnden Mehrheit nach rechts und nach links. Was von nun an im Reiche geschah, hing ab vom Belieben des Zentrums, das die Regierung vollständig in der Hand hatte und als Gebieter über zwei Mehrheiten ausschlaggebende, regierende Partei wurde.

Aber der Vorteil aus diesem Verhältnis fiel einzig und allein dem Zentrum zu. Die Sozialdemokratie, die ihm zu seiner ausschlaggebenden Stellung verhalf, ging leer dabei aus. Bei Forderungen, die von unserer Seite im Sinne des demokratischen und sozialen Fortschritts gestellt wurden, trat das Zentrum auf die Seite unserer Gegner, stimmte unsere Forderungen nieder oder ließ es bei nichtssagenden Redensarten bewenden. Und mehr und mehr entwickelte sich das Zentrum nach rechts. War das Zentrum ehedem antimilitaristisch, so schwenkte es in den neunziger Jahren nach der Gegenseite um; die Lieber und Genossen wurden ebenso bewilligungslustig wie die Reichensperger und Genossen das Gegenteil gewesen waren. Die neuen Männer im Zentrum hatten erkannt, daß das beste Mittel, sich die Gunst der Regierung zu erringen und schwarzen Günstlingen den Zugang zur staatlichen Futterkrippe zu sichern, die Bewilligung der Militär- und Marineforderungen war. Zudem hatte die ultramontane Bourgeoisie Geschmack am Geldverdienen gewonnen und förderte alles, was Profit, Aemter und Ehren schafft, darunter

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140623/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG